

# Bomben auf die HTS

Israel und USA attackieren syrisches Staatsgebiet. Ziel waren offenbar dschihadistische Milizen. **Von Karin Leukefeld**

In der Nacht zu Montag ist Syrien von der israelischen und der US-amerikanischen Luftwaffe attackiert worden. Zehn oder mehr israelische Kampfflugszeuge flogen libanesischen Quellen zufolge durch den libanesischen Luftraum, um Einrichtungen der syrischen Armee bei Zabadani, Homs und Damaskus anzugreifen. Die syrische Luftabwehr konnte einige der Raketen abschießen. Bewohner von Damaskus berichteten von heftigen Explosionen. In Sahnaya, einem südlichen Vorort von Damaskus, starben vier Menschen. Syrische Medien berichteten von mindestens 21 Verletzten. Die israelische Armee äußerte sich nicht.

Auch die US-Luftwaffe griff in der Nacht zu Montag Ziele in Syrien an. Wie das Zentralkommando der US-Streitkräfte (Centcom) in Tampa bekanntgab, sei ein Trainingslager einer Al-Qaida-Organisation westlich von Aleppo bombardiert worden. Die Kämpfer seien »verantwortlich für die Planung von Angriffen auf US-Bürger, unsere Partner und unschuldige Zivilisten«, hieß es in einer Centcom-Erklärung. Syrische Quellen berichteten, Ziel der Angriffe sei »Tanzim Hurras al-Din«, die Organisation der Religionswächter, gewesen. Die Gruppe kooperiert mit der Terrororganisation »Haiat Tahrir Al-Scham«, (HTS; Allianz zur Befreiung von Syrien) in Idlib.

Die HTS ist eine aus der Nusra-Front entstandene Koalition verschiedener Kampfgruppen, die seit Anfang 2019 die syrische Provinz Idlib kontrolliert. Der UN-Sicherheitsrat hat die HTS als terroristisch gelistet, das gleiche gilt für die Gruppen, die mit ihr kooperieren. Die Nusra-Front hatte sich 2016 aufgelöst, um in Idlib in dem Bündnis HTS neu aufzuerstehen. Die HTS grenzt sich vom »Islamischen Staat« ab, was eher aus Gründen der Konkurrenz und Taktik denn der Ideologie geschieht.

Die Provinz Idlib grenzt im Norden an die Türkei. Das Gebiet gilt heute als Kernland von Kampfverbänden der Muslimbruderschaft, die mit der Türkei und Katar alliiert sind und auch von europäischen Staaten als »moderate Rebellen« unterstützt werden. Sie nennen sich »Nationale Befreiungsfront« (NLF), mancherorts auch »Nationale Armee«. 2017 bildeten sie eine »Heilsregierung«, die »heimlich, still und lei-



Dschihadisten der HTS im Juli 2018 im Norden Syriens

se« von der HTS übernommen worden sei, wie die britische Tageszeitung *The Independent* schon Anfang April feststellte. Die HTS sei »smarter« gewesen als der »Islamische Staat«, und die syrischen Oppositionsgruppen, die zu den wichtigsten Empfängern westlicher Hilfe in Idlib gehören und in Kooperation mit der »Heilsregierung« an Krankenhäusern, Schulen, Universitäten aktiv waren, konnten sich der Übernahme durch die HTS nicht erwehren. Durch direkte und indirekte, oft erzwungene Zusammenarbeit mit der HTS entstand ein diffuses Netzwerk, in dem sogenannte moderate, extremistische und terroristische Strukturen kooperierten. Die HTS, reich, bestens bewaffnet und ohne Skrupel gegenüber Kritikern, übernahm die Führung.

Im September 2019 sagte die Türkei in einer Astana-Vereinbarung zu, die »moderaten« von den »terroristischen« Kampfverbänden in Idlib zu trennen. Eine Deeskalationszone wurde um Idlib gezogen, die Türkei errichtete innerhalb der Zone zwölf Beobachtungsposten, außerhalb positionierten sich russische, syrische und iranische Einheiten. Die Kampfverbände sollten sich

aus der Deeskalationszone zurückziehen und ihre schweren Waffen abgeben. Die syrische Armee sollte an einem Angriff gehindert werden. Ziel war eine Verhandlungslösung. Die Entflechtung gelang nicht, die Vereinbarung wurde nicht umgesetzt, weil sie von falschen Voraussetzungen ausging.

Denn der Einfluss der Türkei auf die verschiedenen Kampfverbände ist gering. Schon beim Bau der Beobachtungsposten sah man, wie die türkische Armee offen mit den HTS-Dschihadisten kooperierte. Geld und Waffen, die für die »Nationale Befreiungsfront« in Idlib gedacht waren, landeten bei der HTS. Anfang 2019 weitete die HTS ihre Präsenz aus. Sogenannte »moderate Rebellen« kooperieren heute freiwillig oder gezwungenermaßen mit der HTS oder sie wurden aufgelöst.

Seit Ende April sind die Kämpfe entlang der »Deeskalationszone« um Idlib eskaliert, mehr als 500 Menschen wurden seitdem getötet. Die HTS hat das Gebiet besetzt und ihre Bewaffnung aufgestockt. Mit ihren Verbündeten aus anderen Kampfverbänden greift sie Stellungen der syrischen Armee

und Ortschaften entlang der südlichen Frontlinie mit Raketen, Mörsergranaten und optisch und ferngesteuerten TOW-Antipanzerraketen an. In einem Fall wurden 18 Soldaten eines syrischen Armeepostens getötet, woraufhin die syrische Armee zurückfeuerte. HTS-Stellungen in strategisch wichtigen Ortschaften wie Khan Sheikhun und Kafr Nabuda wurden Ziel von Luftangriffen der russischen und syrischen Luftwaffe. Nach Angaben syrischer Oppositioneller sollen dabei Schulen und Kliniken getroffen worden sein. Zehntausende Menschen flohen aus der Kampfzone und suchten Schutz in den Lagern entlang der Grenze zur Türkei. Die syrische Armee rückte vor, die Kämpfe mit der HTS eskalierten.

Am 12. Juni trat ein von Russland vermittelter Waffenstillstand in Kraft, der nur teilweise eingehalten wird. Ende Juni wurden türkische Beobachtungsposten innerhalb der Provinz Idlib getroffen. Mindestens ein türkischer Soldat wurde getötet, mehrere verletzt. Zunächst wurde Syrien beschuldigt, dann erklärte das Verteidigungsministerium in Ankara, die Opposition sei verantwortlich.

## ■ Hintergrund: UN-Sicherheitsrat

Im UN-Sicherheitsrat ging es in der vergangenen Woche gleich zweimal um Syrien. Mark Lowcock, der Leiter des UN-Nothilfeprogramms OCHA, verwies dort am vergangenen Dienstag auf die schwierige Lage von Zivilisten und kritisierte die von allen Kriegsparteien begangenen Angriffe auf die zivile Infrastruktur. Der UN-Sonderbeauftragte für Syrien, Geir Pedersen, warnte am Donnerstag vor einer regionalen Eskalation. Idlib sei ein Pulverfass, sagte er und forderte eine Rückkehr zu Gesprächen und vertrauensbildenden Maßnahmen.

Die Leiter von elf internationalen privaten und UN-Hilfsorganisationen wandten sich zeitgleich zu den Debatten im Sicherheitsrat mit einem Video an die Öffentlichkeit. In Solidarität mit den in Idlib eingeschlossenen Zivilisten habe man die Kampagne »Die Welt beobachtet euch« ins Leben gerufen. »Zu viele sind schon gestorben« und »Auch Kriege haben Gesetze«, hieß es. Idlib stünde »am Rande eines humanitären Albtraums, wie wir ihn in diesem Jahrhundert noch nicht gesehen haben«.

Wiederholt hatten Belgien, Deutschland und Kuwait in den letzten Wochen Entwürfe für eine Erklärung des Sicherheitsrates zur Lage in Idlib vorgelegt. Der letzte Versuch scheiterte Anfang Juni, nachdem Russland den Entwurf als unausgewogen zurückwies. Man stimme nicht mit der Ansicht überein, dass die Lage im Nordwesten Syriens losgelöst von der Lage in anderen Gebieten Syriens betrachtet werden könne, begründete die russische UN-Botschaft in New York die Ablehnung. »Der Entwurf ignoriert völlig die Tatsache, dass Idlib von Haiat Tahrir Al-Scham (HTS) kontrolliert wird, einer Terrorgruppe«, hieß es weiter. Die so genannte humanitäre »Troika« (Belgien, Deutschland und Kuwait; *JW*) zeigte sich nicht bestört, als die Koalition (gemeint ist die von den USA geführte »Anti-IS-Koalition«; *JW*) illegal in Syrien operierte und Hadschin und Baghuz zerstörte. Das »befreite« Rakka liegt noch immer in Trümmern. (kl)

## ■ Spielball der Kriegsparteien: Im Kampf um Idlib ringen die verschiedenen Kräfte um die Kontrolle Syriens

Ohne die Interessen der Kriegsparteien im Norden und Osten Syriens zu berücksichtigen, ist die Lage in Idlib nicht zu verstehen. Es geht um territoriale Ansprüche in dem zerstörten Land.

Damaskus will die territoriale Kontrolle über ganz Syrien wiederherstellen. Russland unterstützt die syrische Regierung und die Armee dabei, das gleiche gilt für den Iran. Die Interessen dieser beiden Verbündeten in der Region werden durch die Allianz mit Damaskus gesichert.

Für Syrien hat die Wiederherstellung der territorialen Integrität Priorität, denn für den Wiederaufbau des Landes braucht Damaskus Zugang zu den Ressourcen, die nordöstlich des Euphrat unter Kontrolle der USA und der syrischen Kurden liegen. Und es braucht die Kontrolle und Öffnung der wichtigen

Verbindungsrouen von Damaskus nach Aleppo und von Aleppo über Ariha und Dschisr Al-Schughur nach Latakia. Beide Routen laufen durch Idlib.

Mangels Fortschritten bei der Astana-Vereinbarung von September 2018 ist Damaskus in Idlib zur militärischen Rückeroberung bereit. Die Haiat Tahrir Al-Scham (HTS) ist eine international gelistete Terrororganisation, der Kampf gegen sie – zumal im eigenen Land – völkerrechtlich legal.

Moskau unterstützt die syrische Armee, will aber gleichzeitig seine Allianz mit der Türkei nicht gefährden. Einfach ist das nicht, weil innerhalb Syriens die Ansprüche der Türkei den Zielen Russlands widersprechen. Idlib ist für die Türkei ein Unterpfeiler, Ankara erwartet von Russland Entgegenkommen. Entweder Zusagen im Nordosten, was zu Lasten der syrischen Kurden ginge, oder

Russland bietet der Türkei – über die Muslimbruderschaft – eine Art Mitspracherecht in Idlib und bei der zukünftigen syrischen Regierungsbildung an. Moskau, so meint die Türkei, könnte bei der syrischen Regierung darauf drängen, dass Idlib Autonomiestatus erhält und – ähnlich wie die syrischen Kurden es für die Gebiete nordöstlich des Euphrat fordern – auch in Regierung und Parlament in Damaskus vertreten sein kann. Dem aber würde die »Heilsregierung« der HTS nicht zustimmen, die aus Idlib ein eigenes islamisches Kalifat machen will. Und Damaskus würde voraussichtlich weder dem einen noch dem anderen zustimmen.

Für die Türkei stehen mit Idlib auch die Gebiete im Nordwesten Syriens auf dem Spiel. Afrin mit seinen mehr als 300 einst kurdischen Dörfern westlich von Aleppo und das Dreieck Asas – Al-

Bab – Dscharabulus nördlich von Aleppo werden aktuell von der türkischen Armee mit verbündeten Kampfgruppen kontrolliert. Ohne Idlib zu beherrschen, werde es »nahezu unmöglich sein, das von der Türkei kontrollierte Afrin und die Gebiete entlang der Grenze zu sichern«, erklärte ein namentlich nicht genannter türkischer Politiker dem Internetportal *Middle East Eye*.

Jenseits der türkischen Interessen verhindern im Nordosten die USA den Zugang Syriens zu den nationalen Ressourcen. Der angekündigte Rückzug der US-Soldaten ist ausgeblieben und wird vermutlich – wenn überhaupt – erst im Laufe des US-Wahlkampfes wieder thematisiert. Derweil fließt Geld von den Golfstaaten in die Gebiete, die von der Verwaltung der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDK) kontrolliert werden. Mitte Juni tourte eine

saudische Regierungsdelegation durch die Gebiete, wie verschiedene Medien berichteten. Leiter war der saudische Minister für die Angelegenheiten des Persischen Golfs, Thamer Al-Sabhan. Neben US-Militärs und Diplomaten traf die Delegation auch Angehörige des Syrischen Demokratischen Rates. Bei den Gesprächen soll es um militärische Kooperation und finanzielle Unterstützung der Lokalräte sowie um humanitäre Hilfe gegangen sein. Die Delegation führte zudem Gespräche mit arabischen Stammesführern, die dem von den Kurden geführten SDK-Rat kritisch gegenüberstehen. Bereits 2018 war eine saudische Delegation in die von Kurden kontrollierten Gebiete in Syrien gereist und hatte nach Angaben von *Kurdistan 24* rund 100 Millionen US-Dollar für Stabilisierungsprojekte vor allem in Rakka angeboten. **Karin Leukefeld**